

die sich die zentralen Aktivitäten im bundesdeutschen Wiederaufbau auf ganz andere Fragen und Regionen. Eine realistische Betrachtung der ökonomischen Gegebenheiten in der Bundesrepublik ließ die Saar im Vergleich zum Ruhrgebiet und zu anderen, neu entstehenden wirtschaftlichen Zentren eher in den Hintergrund rücken.

Für die Politik der ersten Bundesregierung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer war die Saarfrage vor allem deshalb ein besonders schwieriger Gegenstand, weil sie im Schnittpunkt aller wichtigen Leitlinien der frühen Außen- und Innenpolitik stand.²⁹ Dass kein organisierter Widerstand gegen den wirtschaftlichen Anschluss der Saar an Frankreich im Saarland aufgetreten war und dass die in der saarländischen Verfassung festgeschriebene Teilautonomie nicht ganz zu Unrecht auch als Wille der saarländischen Bevölkerung und ihrer politischen Vertreter dargestellt werden konnte, gefährdete den nicht zuletzt an das Selbstbestimmungsrecht der Völker geknüpften Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik. In der Auseinandersetzung mit Frankreich galt es, eine Balance zu finden zwischen der bundesdeutschen Haltung in der Saarfrage und dem grundsätzlichen außenpolitischen Vorrang einer langfristigen und konstruktiven Zusammenarbeit mit Frankreich im Rahmen europäischer Integrationspolitik. Schließlich tangierte die Saarfrage das – Anfang der fünfziger Jahre noch als realistisch betrachtete – Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes als zentrale Basis jeder bundesdeutschen Außenpolitik.

Zwischen Einflussnahme, Machtbehauptung und „Politik der kleinen Schritte“

Die Diskussion über die Aufnahme der Saar und der Bundesrepublik als assoziierte Mitglieder in den Europarat stellte den Auftakt für eine eigenständige bundesdeutsche Saarpolitik dar.³⁰ Die für sich allein schon erstrebenswerte Aufnahme der Bundesrepublik als wichtiger politischer Schritt auf dem Weg zur Anerkennung und Erweiterung der Souveränität konnte schließlich nicht zuletzt durch die Saarfrage von deutscher Seite sogar noch mit Bedingungen verknüpft werden. Dass der Bundeskanzler sein Plädoyer für einen Europarats-Beitritt vor dem Bundestag mit dem Hinweis auf eine Einladung der Alliierten erklären konnte, stellte einen wesentlichen innenpolitischen Erfolg dar. Zwar musste man die gleichzeitige Aufnahme des Saarlandes akzeptieren. Es blieb der Bundesrepublik jedoch genug außenpolitischer Spielraum, um unmissverständlich deutlich zu machen, dass damit weder ein politisches Präjudiz geschaffen noch die bestehenden Zustände anerkannt würden. So gelang es der Bundesrepublik, die juristische und völkerrechtliche Stellung des Saarlandes entgegen den Zielen der französischen Regierung offen zu halten.

²⁹ Vgl. Quelle Nr. 46.

³⁰ Vgl. Quelle Nr. 43.